



UNIVERSITÄT ZU LÜBECK
PRÄSIDIUM

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 20/6340

Universität zu Lübeck · Der Präsident
Ratzeburger Allee 160 · 23562 Lübeck

An
Martin Habersaat
Vorsitzender des Bildungsausschusses

Der Präsident
Prof. Dr. med. Helge Braun

Ratzeburger Allee 160
23562 Lübeck

Tel. +49 451 3101 1000
Fax +49 451 3101 1004

praesident@uni-luebeck.de
<http://www.uni-luebeck.de>

24. März 2026

Ansprechperson für diese Stellungnahme:

Dr. Solveig Simowitsch
Referat Chancengleichheit und Familie / Antisemitismusbeauftragte
Tel. 0451 3101 1220
E-Mail: solveig.simowitsch@uni-luebeck.de

Fachgespräch zur Umsetzung der Landtagsbeschlüsse vom 24. November 2023 (Drucksache 20/1617) und 24. Mai 2024 (Drucksache 20/2144) zur Bekämpfung des Antisemitismus an Hochschulen sowie Situation und Betroffenheit jüdischer Studierender und Lehrender

Stellungnahme Universität zu Lübeck

Die Universität zu Lübeck ist eine von Offenheit und Toleranz geprägte Bildungs- und Forschungseinrichtung. Als lebenswissenschaftlich geprägte Hochschule sieht sich die Universität darüber hinaus in einer besonderen (historischen) Verantwortung zum Thema Antisemitismus und versteht die Behandlung des Themas als Leitungsaufgabe.

Im Diversity-Profil der Universität ist verankert: *„Chancengleichheit in Studium und Beruf sind Kernanliegen der Universität. Durch den Abbau von diskriminierenden, sexistischen oder rassistischen Strukturen und durch die Integration vielfältiger Perspektiven und Kompetenzen fördert die Universität ein wertschätzendes und tolerantes Miteinander.“*

Grundsätzlich verfügt die Universität zu Lübeck über strukturell implementierte Maßnahmen gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Ereignisse im Nahen Osten und den in unserer Gesellschaft zunehmenden antisemitischen Haltungen und Übergriffen beabsichtigt die Universität Antisemitismus mit einem stärkeren präventiven Focus zu belegen.

Institutionell wurde 2025 eine Antisemitismusbeauftragte durch das Präsidium ernannt. Die Antisemitismusbeauftragte arbeitet im Netzwerk der Antisemitismusbeauftragten an den



Hochschulen in Schleswig-Holstein mit. Des Weiteren gibt es an der Universität eine Antidiskriminierungsstelle (angesiedelt im Referat Chancengleichheit und Familie), eine AGG-Beschwerdestelle, Präsidiumsbeauftragte für Diversität in spezialisierten Bereichen wie Forschung und Lehre sowie eine Vizepräsidentin für Technologietransfer, Nachhaltigkeit und Diversität. 2021 wurde die AG gegen Rassismus bestehend aus allen Statusgruppen eingerichtet, die sich inhaltlich mit dem Thema befasst und Handlungsempfehlungen entwickelt.

Die universitäre Richtlinie gegen Belästigung, Diskriminierung und Gewalt an der Universität regelt Rechte und Pflichten der Universitätsangehörigen, informiert über die Beratungsangebote, die Aufgabe der AGG-Beschwerdestelle und Sanktionierungspflichten der Universitätsleitung.

Es ist ein Aktionsplan gegen Rassismus (Laufzeit 2023 – 2028) mit den übergeordneten Zielen Sensibilisierung, Unterstützung, Strukturelle Reformen sowie Outreach vorhanden.

Kennzahlen über jüdische Studierende und Beschäftigte liegen in der UzL nicht vor, da solche Informationen über religiöse Zugehörigkeit nicht statistisch erfasst werden.

In der Antidiskriminierungsstelle wurden 2025 fünf Erstkontakte aufgrund rassistischer Diskriminierung erfasst – keine davon hatte einen antisemitischen Hintergrund. Es ist nicht auszuschließen, dass Beratungsbedarf aufgrund von struktureller oder individueller antisemitischer Diskriminierung besteht, die Betroffenen aber entweder keine Kenntnis von der Beratungsstelle haben oder andere Hindernisse vorliegen, warum die Beratungsstelle nicht in Anspruch genommen wird. Darauf deuten jedenfalls die weiter unten aufgeführten Umfrageergebnisse hin. Hier wird kontinuierlich die Kommunikation und spezifische Ansprache verbessert.

Die genannten Strukturen sind bereits mit folgenden Maßnahmen unterlegt und fixiert u.a. im Aktionsplan, im TOTAL E-QUALITY (seit 2011) und im Audit „Vielfalt Gestalten“ (seit 2019):

Die Universität nimmt regelmäßig am bundesweiten Diversity-Tag teil; 2023 mit dem Themenschwerpunkt Rassismus.

Im Rahmen des Studium Generale der Universität fand im Wintersemester 2024 / 25 die sehr gut besuchte Ringvorlesung „(UN)WISSENSCHAFT. RASSISMUS im Stadtzentrum statt.

Die Sensibilisierung für das Thema Rassismus erfolgt regelmäßig auf allen Ebenen in der internen Weiterbildung:

- a) Workshops zum Empowerment für von Diskriminierung betroffene Studierende
- b) Workshops für Lehrende und Interessierte zum Umgang mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im universitären Kontext
- c) Workshops für Multiplikator*innen zum Thema „Rassismuskritische Hochschule“
- d) Workshops zu interkultureller Kompetenz

2015, 2017 (unter allen Studierenden) und 2019 (unter allen Universitätsangehörigen) wurden Umfragen zu rassistischen Übergriffen und Erfahrungen durchgeführt und daraus ebenfalls Handlungsempfehlungen abgeleitet. In der Erhebung von 2015 gaben zwei Studierende an, jüdischen Glaubens zu sein. Eine dieser Personen hatte angegeben, deswegen Diskriminierungen und



Übergriffe (auch am Campus) erfahren zu haben. An der Umfrage hatten 650 Studierende teilgenommen.

Die Sonderauswertung zu Diskriminierung, Bevorzugung und Benachteiligung der jährlichen Studiengangsevaluation erfasst Religion und ethnische Herkunft. 2025 wurde von 15 Studierenden (2 % der Befragungsteilnehmenden) berichtet, persönlich aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder Nationalität Diskriminierungen und / oder Übergriffe durch universitäres Personal oder universitäre Strukturen erlebt zu haben. Fünf Studierende (1 % der Befragungsteilnehmenden) berichteten von Diskriminierungen und / oder Übergriffe aufgrund ihrer Religion. Bisher gab es allerdings noch keine expliziten Rückmeldungen im Bereich Antisemitismus.

Flankierend wurde die Hausordnung der Universität erweitert, um die Zurschaustellung rechtsextremistischer Kleidung und Symbole zu unterbinden. Dazu wurde ein Leitfaden für Dozierende mit dazugehörigem Übersichtsplakat entwickelt, um im konkreten Fall Hilfestellung zu geben.

In der Finalisierung befindlich ist ein interreligiöser Kalender für Dozierende. Er soll das Bewusstsein für religiöse Vielfalt auf dem Campus stärken und ist (ausschließlich) als Empfehlung und Orientierung zu verstehen, wenn Dozierende im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bei Prüfungen sensibel und flexibel auf die vielfältigen religiösen Hintergründe der Studierenden eingehen möchten.

Ab 2026 sind folgende Maßnahmen, die im Besonderen auf Sensibilisierung und Unterstützung für das Thema Antisemitismus abzielen und sich am Landesaktionsplan gegen Antisemitismus orientieren sollen, geplant:

Auf der institutionellen Ebene werden die Mitarbeiterinnen der Antidiskriminierungsstelle (inkl. der Antisemitismusbeauftragten) speziell für einen professionellen Erstkontakt mit von Antisemitismus betroffenen Universitätsangehörigen fortgebildet. Darüber hinaus wird sich die nächste turnusgemäße Fortbildung von Antidiskriminierungsstelle und AGG-Beschwerdestelle explizit dem Thema Antisemitismus zuwenden. Ziel ist, von Antisemitismus betroffene Menschen korrekt und gezielt ansprechen und beraten zu können. Gemeinsam mit dem Referat Kommunikation wird die Öffentlichkeitsarbeit hierzu verbessert sowie als Querschnittsthema in weitere bestehende Formate integriert. Die Antidiskriminierungsstelle wird sich zeitnah mit LIDA-SH als zentrale Ansprechstruktur für Betroffene von Antisemitismus vernetzen.

Mit externen Referent*innen bzw. dem Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung werden Workshops / Thementage konzipiert, die sich auf unterschiedlichen Wegen und für verschiedene Zielgruppen dem Thema Antisemitismus nähern. Bereits existierende Veranstaltungen zu interkulturellen Kompetenzen sollen speziell um Inhalte zu Antisemitismus erweitert werden.

Die in Vorbereitung befindliche nächste Umfrage zu rassistischen Erfahrungen unter den Universitätsangehörigen wird das Thema Antisemitismus separat aufgreifen. Gleiches gilt künftig für die Sonderbefragungen der Studiengangsevaluationen. Aus den Ergebnissen werden – vorbereitet durch den Gleichstellungs-Diversitäts-Ausschuss und der AG gegen Rassismus – zusammen mit dem



Präsidium weitere konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet und sowohl in der Fortschreibung des Aktionsplans gegen Rassismus als auch im TOTAL E-QUALITY und Re-Audit „Vielfalt Gestalten“ verbindlich fixiert.

Entsprechend wird auch das Monitoring und Berichtswesen sowohl im Präsidium als auch im Senat ausgebaut. Alle genannten Maßnahmen werden künftig auf ihre Wirksamkeit evaluiert.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Helge Braun
Präsident